

27.5.68

streik

streik

Das Ergebnis der 2. Lesung der Notstandsgesetze hat erneut bewiesen, wie wenig die Entscheidungen des Bundestages etwas mit den Interessen der Bevölkerung zu tun haben. Die Ablehnung der namentlichen Abstimmung sowie sämtlicher Änderungsanträge der FDP zeigen, daß die Mehrheit der Parlamentarier bereit ist, das Ermächtigungsgesetz für die Bundesregierung kritiklos zu akzeptieren, gleichzeitig aber nicht so viel Verantwortungsgefühl haben, ihre persönliche Entscheidung gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten (zur namentlichen Abstimmung im Bundestag werden 50 Stimmen benötigt. Die Freien Demokraten, die einen solchen Antrag stellten, haben 49 Stimmen. Kein SPD-Abgeordneter fand sich bereit, die FDP zu unterstützen.).

Auch die ständigen Proteste aus allen Teilen der Bevölkerung konnte sie nicht dazu bringen, unsere Opposition anders als als eine radikale Minderheit zu betrachten, deren Argumente man nicht zu berücksichtigen braucht.

Wir müssen feststellen, daß unsere Aktionen gegen Notstandsgesetze ohne Erfolg geblieben sind. Ohne Erfolg auch deswegen, weil die Kräfte und Institutionen, die sich am ehesten berufen fühlen müßten, die Rechte der Arbeiter und Angestellten zu verteidigen, es bei verbalen Protesten belassen haben.

Wir müssen uns fragen, auf welche Weise die Gewerkschaften ihre Mitglieder vor ungerechten Arbeitsdienstverpflichtungen, Beschlagnahmungen u.ä. schützen wollen, wenn sie nicht jetzt schon bereit sind, die Lohnabhängigen in der BRD zu einem Generalstreik zur Verhinderung eben solcher Praktiken aufzurufen.

Desgleichen müssen wir ernstliche Zweifel an der Aufrichtigkeit jener SPD-Parlamentarier anmelden, die sich trotz des Wissens um die Gefährlichkeit der Notstandsgesetze nicht dazu entschließen konnten, ihre frühere Absage an diese Gesetze durch eine Nein-Stimme zu manifestieren.

Wir müssen annehmen, daß wir auf Unterstützung von dieser Seite nicht mehr zählen können. Dennoch gilt es, auf jeden Fall die 3. Lesung im Bundestag zu verhindern.

Wir wenden uns nicht an die Institutionen und Parteien, sondern an die demokratischen Kräfte innerhalb dieser Institutionen, sich an den Aktionen des studentischen Streikkomitees und des Kuratoriums Notstand der Demokratie zu beteiligen.

Wir rufen alle verantwortlich denkenden Betriebsräte und Vertrauensleute auf, durch ständige Diskussion an den Arbeitsplätzen auf die Arbeitsniederlegung am 27. Mai hinzuwirken

Alle Schüler und Lehrer müssen daran interessiert sein, den Unterricht durch Diskussion zu einem Forum des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze zu machen

Die Studentenschaft wird sowohl diese Woche als auch am 27. Mai den Universitätsbetrieb bestreiken und stattdessen in Betrieben, Schulen und Vorlesungen diskutieren und agitieren

Auch ein Teil der Professorenschaft hat sich bereits dem Streik angeschlossen aus Solidarität mit den Gegnern der Notstandsgesetze

Wer begriffen hat, daß in Kürze Arbeit und Lernfreiheit Arbeitsdienstverpflichtung und Lernzwang bedeuten, für den kann es keinen Sinn haben, in Betrieben, Schulen und Universitäten den normalen Produktionsbetrieb aufrecht zu erhalten.

Wer begriffen hat, daß er in Kürze vom Staat völlig vereinnahmt werden kann, der streikt.

AM 27. MAI STREIK

ICH STREIKE DU STREIKST GENERALSTREIK ICH STREIKE DU STREIKST GENERALSTREIK

**Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will!**

Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Frankfurt

Verantwortlich: Horst Welkoborsky, Polit-Referent
Hans Jürgen Birkholz, AstA-Vorsitzender